

# Keine Schließung des LdW

Die Beschäftigten des Klinikums Links der Weser (LdW) unterstützt von der Bremer Bevölkerung bringen Dampf in das politische Leben unseres Bundeslandes! Um die medizinische Unterversorgung der Stadtteile auf der linken Weserseite durch Schließung des LdW zu verhindern, schlossen sich 11.295 UnterstützerInnen der Petition des Betriebsrats des LdW an. Nun muss sich zum Leid des Senats, die Bürgerschaft erneut mit den Schließungsplänen des LdW befassen.



### Warum soll es zur Schließung des LdW kommen?

Aus Einsparungsgründen hat die Geschäftsführung der Gesundheit Nord und die Aufsichtsratsvorsitzende Frau Bernhard (DIE LINKE) beschlossen, das LdW als Standort aufzugeben. Dem Bremer Klinikverbund mit den vier Kliniken Mitte, Ost, Nord und Links der Weser droht zum Jahresende 2023 erneut ein Defizit, diesmal von 100 Millionen Euro.

**Wie soll und kann das Loch gestopft werden?** Droht die Insolvenz? Warten schon private Investoren? Das sind große und hochkomplexe Probleme, für die der Senat die Antwort wahrscheinlich schon, aber noch unausgesprochen, in der Schublade parat liegen hat. Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen sollten sich in Bezug auf eine Kostentlastung nicht auf eine Unterstützung durch die Politik verlassen. Die Erfahrung zeigt, dass die Politik eher bestrebt ist, den Kostendruck noch weiter zu erhöhen. Auf diese Weise sollen die Krankenhäuser aus unterschiedlichsten Gründen aussortiert werden.

Schauen wir kurz in die Vergangenheit: Bekannt waren vor der Pandemie die Probleme des Gesundheitswesens. Sie wurden Jahre vorher bewusst herbeigeführt durch Kaputtsparen, Einführen der Fallpauschalen und Privatisierungen. Selbst inmitten der Pandemie wurden über zwanzig Krankenhäuser bundesweit geschlossen. Im Gesundheitswesen fehlen weit über 120.000 Beschäftigte, die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe, die Bezahlung ist miserabel. Unsere Gesundheit ist zur Ware verkommen.

Seit 1991 hat sich die Anzahl der privaten Krankenhäuser fast verdoppelt, demgegenüber hat sich die Zahl der öffentlichen, der kommunalen Krankenhäuser um die Hälfte verringert. Das ist eine schlimme Tendenz. Warum wohl? Weil man mit dem derzeitigen Abrechnungssystem den sogenannten Fallpauschalen und aus anderen Gründen mit Gesundheit sehr viel Geld und Gewinn machen kann, der nicht wieder ins Gesundheitswesen fließt. Man muss sich mal angucken, wem diese privaten Krankenhäuser gehören: das sind Banken, das sind Aktiengesellschaften, das sind nicht die Kommunen. Ausnahmen mögen die Regel bestätigen. Die Tendenz zur Privatisierung und Gewinnerorientierung ist eine Katastrophe.

Während immer mehr Kohle in der militärischen Aufrüstung und zur Kriegsbefuerung verbrannt wird, fahren die Regierung und die Gesundheitsindustrie die Krankenversorgung und das Gesundheitswesen mit den Beschäftigten gegen die Wand. Kürzungen und Einsparungen sind deshalb auch in den drei anderen Bremer Kliniken bittere Realität und an der Tagesordnung.



Obwohl ein Teil der Beschäftigten vor zwei Jahren beklatscht wurde, fahren Senat und Politik gegen die Beschäftigten im Bremer Gesundheitswesen eine aggressive Sparpolitik, die auch den Rest der Bremer Bevölkerung trifft. Das schadet nicht nur den Beschäftigten selbst, sondern uns allen – schließlich geht es auch um die Versorgung, die wir oder unsere Angehörigen im Zweifelsfall erhalten bzw. nicht mehr erhalten.

**Wir fragen**, was ist ein unverschuldetes 100-Millionen-Defizit gegenüber einem Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr, einem Militärhaushalt von jährlich über 80 Milliarden und die permanente militärische Kriegsbefuerung im Ukraine-Konflikt von bisher über 22 Milliarden Euro. Für Tod und Zerstörung sind die regierenden Politiker ohne viel Federlesens bereit sehr viel Geld in die Hand zu nehmen – bei unserer Gesundheit oder der Bildung unserer Kinder stehen sie aber mit fast leeren Händen da.

**Der Klassenkampf von oben** erzeugt Widersprüche, die für viele jetzt offensichtlicher werden. Das Ziel der Regierenden wie am heutigen Abend ist es, sie so zu entschärfen, dass sie ihnen nicht schaden. Deshalb sind die PolitikerInnen wie A. Bovenschulte und C. Bernhard heute hier. Falsche, irrationale Erklärungsansätze sind dabei ebenso eine Trumpfkarte wie unsere Spaltung. Verhindern wir, dass sie sie ausspielen können – durch Aufklärung und das Kennzeichnen der Verursacher dieser Krise.

**Ist die drohende Schließung des LdW noch zu verhindern?** Ja, es ist möglich, und es wird nicht einfach werden. Erfolge im Klassenkampf sind kein Zufall. Die Kraft, einen Kampf zu gewinnen muss aufgebaut werden. Sie basiert auf unserer Stärke, weil wir uns entschieden haben, die Arbeitsplätze und die medizinische Versorgung der Menschen bis zur letzten Minute gegen den Angriff von Senatorin Claudia Bernhard und Geno-Geschäftsführerin Dorothea Dreizehnter zu verteidigen. Die Entschlossenheit zeigte sich uns schon bei den vielen Gesprächen, Protesten, Brandbriefen, Demos, Runden Tischen und nicht zuletzt die erfolgreiche Petition haben gewirkt. Bei dem kommenden Abwehrkampf kann den Regierenden im Bremer Rathaus gezeigt werden, dass die Beschäftigten, unterstützt von der Bremer Bevölkerung, einen Kampf genauso gut führen können wie ein Krankenhaus!

## Solidarität ist unsere Stärke!

### Für unsere Würde - Weg mit den Fallpauschalen!



Die Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2002 machte es möglich, Gewinne in den Krankenhäusern zu erzielen. Je weniger Personal eingesetzt wurde, umso mehr blieb von der Fallpauschale für das Krankenhaus übrig. Anfangs wurden allein in der Pflege 33.000 Stellen in den Krankenhäusern abgebaut. Außerdem wurde massenhaft privatisiert. Von 1.800 Krankenhäusern sind mittlerweile mehr als 800 privat. Aus unserem Kranksein werden Profite gemacht. Entschieden wird nicht nach medizinischen Gesichtspunkten, sondern nach möglichst hohen Gewinnen. ♦



Impressum: DKP-Gesundheits-Info  
Herausgeber: DKP Bezirk Bremen

**Kontakt zur DKP:** [dkp-bremen@gmx.de](mailto:dkp-bremen@gmx.de)  
V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger  
Mühlenstr. 135, Bremen



Die Zeitung der Arbeitenden gegen die Millionäre. Sie zeigt, was hinter den Betriebstoren los ist und schärft den Blick.

Jetzt 6-Wochen-Probelesen - [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)